



# Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I




## KONTAKT

 **Bundestagsbüro Berlin**  
**Nezahat Baradari, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

[nezahat.baradari@bundestag.de](mailto:nezahat.baradari@bundestag.de)  
030 / 22 77 12 60

 [www.nezahat-baradari.de/](http://www.nezahat-baradari.de/)

 <https://www.facebook.com/Baradari2023/>

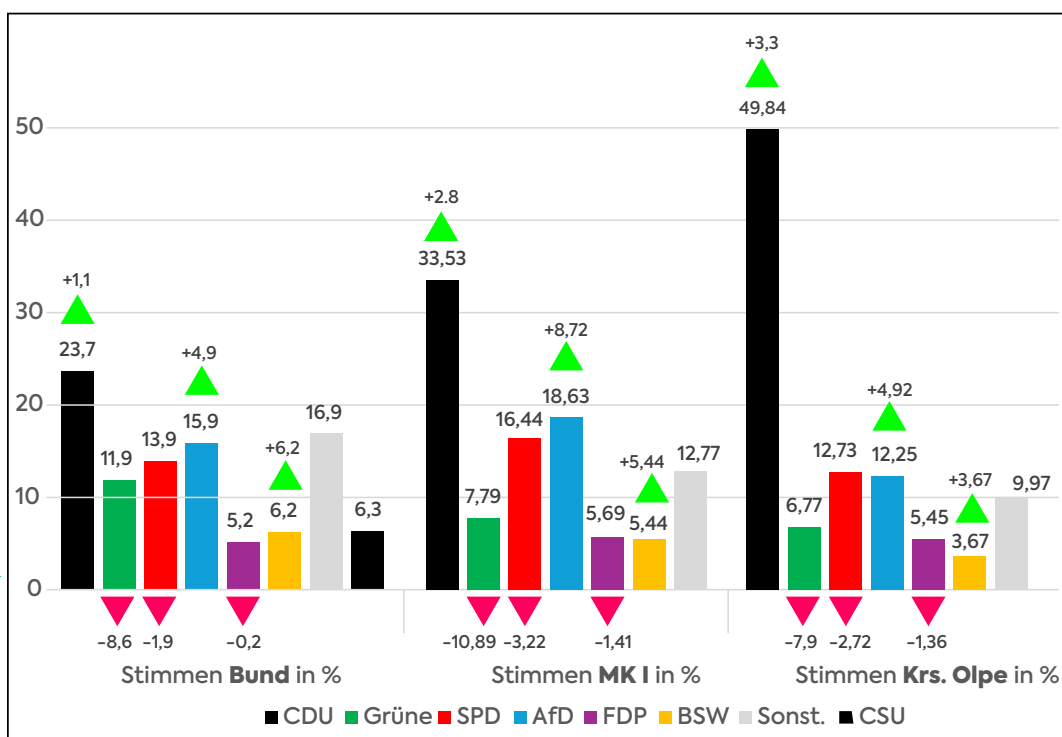
 <https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

# Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

\*\*\* LETZTE MELDUNG: Wochenlang haben die Koalitionäre der Ampel um einen Haushalt für 2025 gestritten. Nach einer langen Nachtsitzung kam am frühen Freitagmorgen die Nachricht, dass es eine Einigung gibt. Mehr dazu im nächsten Newsletter. \*\*\*

Die Europawahlen im Juni sind für unsere Partei mit einem unbefriedigenden Ergebnis zu Ende gegangen. Während unsere SPD vom Bund bis hinein in die Städte und Gemeinden mittlere Verluste hinnehmen musste, erlebten die Grünen einen erheblichen Aderlass von bis fast 11 Prozent Die CDU gewann moderat, während die AfD mit ihrer rechtspopulistischen Politik deutliche Gewinne einfuhr. Die FDP verlor leicht.

Ich stimme unserem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich zu, der nach dem schlechten Abschneiden der drei Koalitionsparteien die Koalition zur Zusammenarbeit aufgefördert hat. Mit Blick auf die anstehende



- Quellen:
- <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99.html#stimmen-prozente8>
  - <https://wahlen.kdvz.nrw/production/EW2024/05962000/praesentation/index.html>
  - <https://wahlen.kdvz.nrw/production/EW2024/05966000/praesentation/>



henden Haushaltsberatungen ist der Haushalt eine entscheidende Voraussetzung, um gute Politik zu machen. Da müssen wir in der Koalition und in der Bundesregierung besser werden und dieses Signal und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger besser wahrnehmen. Ich fürchte aber auch, dass viele Wählerinnen und Wähler der AfD diese Partei nicht mehr nur aus Frust gewählt haben. Die Mitte bröckelt. Dieser Gefahr müssen wir uns noch bewusster werden. Sie ist kein Randphänomen mehr. Auch die Nichtwähler müssen wir gewinnen und insbesondere auch die Jüngeren. Zu viele bleiben dieser wichtigsten Form der politischen Beteiligung in der Demokratie fern oder wählen rechtsextreme Parteien.

Im Juni haben wir im Bundestag viele Gesundheitsthemen behandelt, was mich als ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss natürlich besonders freut.

So haben wir einige Gesetze beraten und behandelt, deren Namen echte Zungenbrecher sind: Mit dem [Krankenhaus-Versorgungs-Verbesserungs-Gesetz](#) (KHVVG) nehmen wir den Krankenhäusern den wirtschaftlichen Druck, indem wir aus dem Hamsterrad der Fallpauschalen aussteigen. Mit der Vorhaltevergütung und Qualitätsanforderungen stellen wir sicher, dass Krankenhäuser für die Qualität ihrer Leistungen belohnt werden, nicht nur für die Fallzahlen. Und wir entlasten auch die Beschäftigten, denn wir bauen Bürokratie ab und bezahlen steigende Tariflöhne nun vollständig.

Das [Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz](#) (GVSG) sorgt dafür, dass alle Leistungen in den Praxen künftig von den Krankenkassen bezahlt werden. Auch Hausbesuche werden angemessen honoriert. In der Kinder- und Jugendmedizin haben wir die Entbudgetierung schon umgesetzt – als Kinder- und Jugendärztin weiß ich, wie wichtig diese Entlastung für viele war.

Wir haben diese Woche das neue [Medizinforschungsgesetz](#) verabschiedet. Damit wollen wir die Genehmigungsverfahren für klinische Prüfungen und das Zulassungsverfahren von Arzneimitteln und Medizinprodukten vereinfachen, entbürokratisieren und beschleunigen. Gleichzeitig wollen wir natürlich die hohen Standards für die Sicherheit von Patientinnen und Patienten beibehalten und die Medikamentenversorgung durch Anreize der Pharmazeutischen Indus-

trie in Deutschland und in der EU setzen.

In einer aktuellen Stunde ging es um die Maskenbeschaffung des damaligen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn während der COVID-19-Pandemie und die Maskendeals der Politiker aus CDU und CSU. Die damals abgeschlossenen Verträge könnten den Staat jetzt 2,3 Mrd. Euro extra kosten. Und das, wo der Bundeshaushalt sowieso schon unter Druck steht.

Außerhalb des Bundestages gab es in Berlin auch eine Reihe von Gesprächen und Diskussionen zu gesundheitspolitischen Themen. Auf dem Hauptstadtkongress 2024 habe ich an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Krankheitsbedingte Stigmatisierung“ teilgenommen. Wir waren uns auf dem Podium einig, dass insbesondere bei der Prävention, aber auch beim Abbau von Stigmatisierung bei Adipositas, Hauterkrankungen und seltenen Erkrankungen mit äußeren Merkmalen mehr getan werden muss.

Im Bundeskanzleramt traf sich eine Abgeordnetenrunde zur industriellen Gesundheitswirtschaft. Die ist als Wachstumstreiber und Jobmotor für den deutschen Wirtschaftsstandort wichtig, genauso wie für die Gesundheitsversorgung. Wusstet ihr, dass mehr Menschen in der Gesundheitswirtschaft arbeiten als in der Automobilbranche? Deshalb bleiben wir im regelmäßigen Austausch mit dem Bundeskanzleramt, um den Pharmastandort Deutschland zu stärken und das EU-Pharmapaket weiter voranzubringen. Angesichts der geopolitischen Lage müssen wir in Zukunft dafür sorgen, dass wir durch stabile und lokale Lieferketten die Versorgungssicherheit gewährleisten können. Dafür bietet das Fachforum industrielle Gesundheitswirtschaft einen erstklassigen Raum für fachübergreifende Diskussionen.

Auf Einladung des Aktionsbündnisses für bedarfsgerechte Hilfsmittelversorgung kamen über 40 Gäste zu einem Parlamentarischen Frühstück im Bundestagsrestaurant zusammen. Als Schirmherrin habe ich die Gäste und vor allem auch die anwesenden Familien mit ihren Kindern herzlich begrüßt. Das Aktionsbündnis hat sich aus einer Petition der Familie Lechleuthner entwickelt – Frau Dr. Lechleuthner ist selbst Kinderarztkollegin. Darin ging es um die Versorgung von schwerstbehinderten Kindern und Erwachsenen



mit Hilfsmitteln. In dreijähriger Arbeit hat das Bündnis dann konkrete Vorschläge erarbeitet. Ein wichtiger Teil dieser Vorschläge kann jetzt mit der anstehenden Umsetzung des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes (GVSG, s.o.) realisiert werden ([s. S. 14](#)).

Last but not least fand im Juni der Aktionstag gegen den Schmerz statt. Ein Tag, der auf das Leiden der rund 23 Millionen chronischen Schmerzpatient\*innen in Deutschland aufmerksam macht. Zu diesem Anlass durfte ich an einer Podiumsdiskussion der Deutschen Schmerzgesellschaft teilnehmen. Vielen Dank für die spannende Diskussion! ([s. S. 13](#))

Auch im Wahlkreis hatte ich innerhalb einer Woche viele verschiedene Termine, denn die vielen Doppelsitzungswochen in Berlin nahmen großen Platz in meinem Kalender ein. In Lenhausen haben wir eine gut besuchte Fraktion vor Ort-Diskussionsveranstaltung organisiert. Meine Bundestagskollegin Gülistan Yüksel und ich haben in der Schützenhalle über das neue Staatsbürgerschaftsrecht gesprochen. Fast 50 Leute waren dabei und haben mit vielen Fragen zu einer spannenden und informativen Veranstaltung beigetragen ([s. S. 8](#)). Das gleiche Thema stand beim Moscheevereiner Meinerzhagen auf dem Programm und stieß auch hier auf großes Interesse. Außerdem konnte ich mehr über die Aktivitäten und Projekte des Vereins und seiner engagierten Mitglieder erfahren ([s. S. 9](#)).

Ich möchte mich sehr bei unserem Genossen und meinem Bundestagskollegen Ralf Stegner bedanken, der es möglich gemacht hat, kurzfristig an einer digitalen Konferenz für unsere Parteimitglieder im Wahlkreis als Referent und Diskussionspartner teilzunehmen. Viele Mitglieder unserer Partei sind angesichts der jüngsten Entwicklungen in Europa besorgt, insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Friedenspolitik bezüglich der Waffenlieferungen an die Ukraine. Hier konnte Ralf, ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Unterausschuss für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, als angesehener Gesprächspartner punkten ([s. S. 5](#)).

Bei meinem sehr spannenden und angenehmen Informationsaustausch in der Krombacher Brauerei in Kreuztal haben wir ganz offen über Themen gesprochen, die auch der Krombacher Brauerei – wie vielen anderen Unternehmen auch – Sorgen berei-

ten. Zum Beispiel die Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit der Rahmedetalbrücke, eine als überkomplex empfundene Bürokratie und die Genehmigungsverfahren ([s. S. 4](#)). Glücklicherweise erweiterte das Unternehmen ihr Sortiment an alkoholfreien Getränken, was insbesondere dem Kinder- und Jugendschutz gut tut. Bereits heute besteht ihr Sortiment zu 40 % aus alkoholfreien Getränken. Und zum Abschluss gab's noch eine richtig beeindruckende Brauereiführung.

Außerdem habe ich mich mit Vertretern des Waldbauernverbandes Bezirksgruppe Olpe, des Tierheims Olpe und des Schlosses Bamenohl und vielen anderen Organisationen und Gruppen getroffen – zuletzt mit ägyptischen Architekturstudenten, die in Lüdenscheid zu Gast sind und dem Deutschen Bundestag einen Besuch abgestattet haben. Es waren alles sehr informative und angenehme Gespräche. Aber lest selbst.

Liebe Grüße  
Eure Nezahat

**Nezahat**

P.S.: Ach ja, weiterhin attraktive aktive und spannende Spiele bei der Fußball-EM. Möge das bessere Team gewinnen ...

Intro .....	1
Informationsaustausch in der absatzstärksten Brauerei Deutschlands .....	4
Sozialdemokratische Sicherheitspolitik im Wandel? .....	5
Zukunftswald zu wenig präsent.....	6
Gute Pflege darf kein Luxus sein .....	7
Fraktion vor Ort „Ihr gehört dazu!“ über das neue Staatsbürgerschaftsrecht.....	8
Herzliche Gastfreundschaft und offene Atmosphäre .....	9
Für den Erhalt der Gynäkologie und Geburtshilfe in Lennestadt.....	10
Einzigartiger und historischer Ort in Lüdenscheid! .....	11
Geschichtliches erhalten, Kultur fördern.....	12
Sommerfest im Olper Tierheim.....	13
Diskussion der Deutschen Schmerzgesellschaft.....	14
Gesundheitspolitiker und Familien im hautnahen Austausch über Probleme der Hilfsmittelversorgung.....	15
Einladung: Fraktion vor Ort: Endometriose – die unbekannteste Volkskrankheit.....	16
Ankündigung: Einladung zur Veranstaltung: Anstehende Krankenhausreform des Bundes und Krankenhausplanung NRW.....	17
Unsere Erfolge 2023/2024.....	18

# Informationsaus- tausch in der absatzstärksten Brauerei Deutschlands

**B**ei meinem sehr spannenden und angenehmen Informationsaustausch in der Krombacher Brauerei in Kreuztal wurde ich von Peter Lemm, Leiter Unternehmenskommunikation, Geschäftsführer Technik Manfred Schmidt, Logistikleiter Michael Kröhl und Wolfgang Schötz, Leiter Nachhaltigkeitsmanagement, begrüßt.

Schnell kamen wir zu den Themen, die auch der Krombacher Brauerei – wie vielen anderen Unternehmen auch – Sorgen bereiten. Da ist zum Beispiel die Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit der Rahmedetalbrücke. Die Brauereivertreter sind enttäuscht, dass das Zusammenspiel zwischen LKW- und Bahnverkehr sehr komplex sei und wenig funktioniere. DB Cargo sei leider inzwischen aus der Zusammenarbeit ausgestiegen, was mich sehr verärgerte. Die Zusammenarbeit zwischen Bahn und Lkw muss völlig neu überdacht werden.

Auch die Genehmigungsverfahren dauern den Vertretern von Krombacher noch zu lange. Zwar fanden auch sie es positiv, dass in diesem Bereich durch die Bundesregierung bereits Fortschritte erzielt und gesetzliche Grundlagen geschaffen wurden. Leider ist es allerdings so, dass im Bereich der Verkehrsinfrastruktur über Jahrzehnte Fehler gemacht worden sind, die sich jetzt nicht im Handstreich korrigieren lassen.

Weitere Themen deckten ein breites Spektrum aktueller politischer und gesellschaftlicher Fragen ab. Von der Bürokratie, die die Bundesregierung ja inzwischen angeht, vom Image der Ampel in der Öffentlichkeit bei eigentlich guten Teilergebnissen hin zu Nachhaltigkeit und Gesundheitsvorsorge. Ich finde es prima, dass aus dem Hause Krombacher durch die Diversifizierung der Produktpalette mittlerweile 40 Prozent aller Getränke alkoholfrei sind.



V. l. n. r.: mit Peter Lemm, Manfred Schmidt, Michael Kröhl und Wolfgang Schötz

Abgerundet wurde der Informationsaustausch durch eine kleine Brauereiführung, die bei mir auch für Stauen sorgte. So reicht der Inhalt eines einzigen Gärtanks aus, um alle Berliner gleichzeitig mit einem 0,2-Liter-Glas Bier zu versorgen, wie mir der Bier-sommelier erklärt. Ein schöner Bogen von Krombach nach Berlin...

# Sozialdemokratische Sicherheitspolitik im Wandel?

## DIGITALE DISKUSSION MIT DR. RALF STEGNER, MDB



Foto: Marko, AdobeStock\_494177461



Ralf Stegner, @photothek

Viele Mitglieder unserer Partei sind angesichts der jüngsten Entwicklungen in Europa besorgt, insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Friedenspolitik. Ich erhalte zahlreiche Schreiben aus meinem Wahlkreis zu diesem Thema.

Als Willy Brandt im September 1969 Bundeskanzler wurde, verfolgte er eine Politik der Entspannung gegenüber dem Ostblock und der Sowjetunion. Die Diplomatie konzentrierte sich besonders auf die Vertretung gemeinsamer Interessen, wie die Verhinderung eines Atomkrieges und die Förderung der Abrüstung. Seit mehr als zwei Jahren unterstützen wir die Ukraine nach Putins Angriffskrieg, um ihr Recht auf Selbstverteidigung zu ermöglichen. Es ist unser Ziel, der Ukraine humanitäre und finanzielle Hilfe zu leisten. Geplante Waffenlieferungen, die russisches Territorium erreichen könnte, bleibt jedoch umstritten.

Für diesen komplexen Themenbereich konnte ich Dr. Ralf Stegner, ein politisches Schwergewicht und anerkannten Experten, gewinnen. Ralf ist ein Politikwissenschaftler und dient unter anderem als Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Unterausschuss für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.

Wie bei diesem Thema nicht anders zu erwarten war, gab es eine lebhaftere Diskussion mit unterschiedlichen Meinungen. Zentrales Thema war der Ukraine-Konflikt und die Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine. Ralf ist bekannt für seine pointierte Meinung. Er ist der Überzeugung, dass der Krieg in der Ukraine beendet werden muss. Das ist ein weiterer Grund, warum Kommunikation und Diplomatie aufrechterhalten werden müssen. Denn wie sollen wir das Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung stoppen? Die deutschen Lieferungen schwerer Waffen an die Ukraine, die russischen Boden erreichen können, lehnt er ab. Seiner Meinung nach würden diese den Krieg nur verlängern und das zivile Leid erhöhen.

Für mich ist klar, dass wir in diesem Krieg mehr Diplomatie als je brauchen und dass Deutschland weiterhin abgestimmt mit seinen europäischen Partnern und der NATO handeln sollte. Es ist in unserem ureigensten Interesse, dass durch den Krieg von Putin nicht weitere Geländegewinne in Europa erzielt werden.

*Vielen Dank an Ralf, dass er seine Teilnahme an unserer Diskussion so kurzfristig ermöglichen konnte.*

# Zukunftswald zu wenig präsent



Offenes Gespräch über die Zukunft des Waldes; Zusammen mit Friedrich Graf von Spee, Michael Bieke und Georg Jung (v. l. n. r.)

**D**as Thema Zukunftswald findet viel zu wenig Beachtung. In der Bevölkerung, in der Presse und in der Politik. Das wurde mir wieder einmal deutlich, als mich Vertreter des Waldbauernverbandes aus dem Kreis Olpe in meinem Wahlkreisbüro in Attendorn besuchten. Mit dem Vorsitzenden Michael Bieke, seinem ersten Stellvertreter Friedrich Graf von Spee sowie mit Georg Jung, dem Geschäftsführer des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes, führte ich ein sehr offenes und von gegenseitiger Wertschätzung geprägtes Gespräch über ihre aktuellen Anliegen, denn gerade in unserer Region hat der Wald einen hohen Stellenwert.

Der Wald ist nicht nur Tourismusmagnet und Ort der Erholung. Als heimische Rohstoffquelle ist er auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, von dem viele Arbeitsplätze abhängen.

Ein großes Thema für die Waldbauern ist die geplante Novellierung des Bundeswaldgesetzes durch die Bundesregierung. Es wird befürchtet, dass die Holz-

produktion, also der wirtschaftliche Aspekt, gegenüber dem Klimaschutz und der Biodiversität zurückgedrängt wird. Dies würde der Bedeutung des Waldes als Wirtschaftsraum nicht gerecht. Zudem sollen aufgrund des Klimawandels künftig bestimmte Baumarten bei der Verjüngung von Beständen bevorzugt werden. Dies schränke die Vielfalt und Diversität des Waldes aus Sicht der Waldbauern deutlich ein.

Zudem werden praxisferne Vorgaben, mehr Verbote und noch mehr Bürokratie befürchtet und die Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Entgegen der Zielsetzung des neuen Waldgesetzes sehen die Waldbauern sogar die Klimaziele und den Erhalt der nachhaltigen Bewirtschaftung gefährdet. Es brauche mehr Praktiker, die mit und vom Wald leben und in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden, forderten sie.

Ein heikles Thema, weil die Umweltverbände mit ihrer Praxis und Expertise wiederum teilweise anderer Meinung sind.

# Gute Pflege darf kein Luxus sein

**B**ei meinem Besuch im Caritas-Zentrum Wenden, gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Christin-Marie Stamm aus Olpe und weiteren Genossinnen und Genossen aus der Region, wurde erneut klar, dass das Pflegesystem dringend reformiert werden muss. Wir haben mit der Zentrumsleitung darüber gesprochen, wie die Finanzierung verbessert und die Strukturen verschlankt werden können, damit die Pflege besser auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten werden kann.

Wir waren uns alle einig: Gute Pflege darf kein Luxus sein. Das Zentrum bietet ein breites Spektrum an Leistungen für ältere Menschen, darunter ambulante Dienste, stationäre Pflegeplätze, Tagespflege, Hospizdienste und eine inklusive Verbundküche. Silke von Bülzingslöwen (Zentrumsleitung), Carina Bröcher (Pflegedienstleitung) und Martin Sweeney (Verwaltungsleitung) führten uns durch das hochmoderne Seniorenzentrum und erklärten uns die aktuellen Herausforderungen und auch die positiven Entwicklungen.

Die größten Baustellen sind die Finanzierung und der Fachkräftemangel. Silke von Bülzingslöwen hat uns die finanziellen Herausforderungen vor Augen geführt: steigende Tariflöhne, höhere Kosten für Unterkunft und Verpflegung und Investitionen, die nötig sind. Die Wartelisten für die stationäre Aufnahme und die Kurzzeitpflege sind lang. Und die Nachfrage nach den geplanten 18 Service-Wohnungen, die 2026 eröffnen sollen, zeigt, dass es einen wachsenden Bedarf an neuen Formen der Versorgung und des Wohnens im Alter gibt.

Verwaltungsleiter Martin Sweeney erklärte, das wirtschaftliche Risiko für Betreiber und Einrichtungen sei sehr hoch. Verzögerte Vergütungsverhandlungen und gesetzliche Anforderungen erschweren die Lage zusätzlich. Zahlreiche Bewohner sind gezwungen, Pflegegeld und Sozialhilfe zu beantragen, um die Kosten für ihre Pflege zu decken.



Die Verantwortlichen im Caritas-Zentrum Olpe finden, dass die Politik die Bürokratie vereinfachen und Pflegefachkräften mehr Verantwortung geben sollte. Wir waren uns einig, dass es mehr Bewusstseins-schaffung und gestärkte Kompetenzen für Pflegefachkräfte braucht, um bei unseren sozialen Errungenschaften keine Abstriche machen zu müssen. Aus diesem Grund ist seitens der Politik auch ein Pflegekompetenzgesetz in Planung, durch das Pflegekräfte künftig mehr Kompetenzen erhalten sollen. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause vorliegen. Meiner Meinung nach sind auch eine Zusammenlegung der privaten und gesetzlichen Pflegekassen sowie variable Leistungsangebote notwendig.

Es gibt auch Positives zu berichten. Der Beruf bietet krisensichere Arbeitsplätze mit Sinn und steigenden Gehältern dank gesetzlicher Tarifbindung. Neue Ausbildungsgänge und Qualifizierungsmöglichkeiten steigern die Attraktivität. Das neue Pflegestärkungsgesetz, das Pflegekräften mehr Kompetenzen zugesteht, ist ein längst notwendiger Schritt. Auch die Integration ausländischer Fachkräfte wird positiv gesehen, ist aber oft mit bürokratischen Hürden versehen. Wir müssen die Anerkennungsprozesse beschleunigen. Zudem fühlen sich die sehr gut ausgebildeten ausländischen Pflegefachkräfte oftmals degradiert.

# Fraktion vor Ort „Ihr gehört dazu!“ über das neue Staats- bürgerschaftsrecht



**M**eine Bundestagskollegin Gülistan Yüksel und ich hatten zur Fraktion-vor-Ort-Diskussion in die Schützenhalle Lenhausen eingeladen. Thema war das neue Staatsbürgerschaftsrecht. Fast 50 Gäste waren dabei und trugen mit vielen Fragen zu einer spannenden wie informativen Veranstaltung bei.

Besonders interessiert waren türkische Mitbürgerinnen und -mitbürger, die sich über die Voraussetzungen und Regelungen der deutschen oder doppelten Staatsbürgerschaft erkundigten. Großes Interesse gab es auch an den Gebühren, an möglichen Nachteilen in der Türkei, über erbrechtliche Auswirkungen bis hin zur Arbeitsplatzwahl.

Wir haben vor allem darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, schnell den erforderlichen Sprachnachweis zu erbringen und bei Interesse rechtzeitig den Antrag auf doppelte Staatsbürgerschaft zu stellen. Eine entscheidende Voraussetzung ist zudem ein gesicherter Lebensunterhalt, der nicht auf Sozialleistungen beruht. Wer beispielsweise straffällig geworden ist oder in einer Mehrehe lebt, ist von der Einbürgerung ausgeschlossen. Auch bei rassistischen oder antisemitischen Äußerungen kann die Staatsbürgerschaft innerhalb von zehn Jahren wieder entzogen werden.

Vielen Dank für das große Interesse und vielen Dank auch an Dich, Gülistan, für Deinen Besuch und Deine Expertise!

[Hier findet ihr alle Infos zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht](#)

# Herzliche Gastfreundschaft und offene Atmosphäre

Ich hatte die schöne Gelegenheit, den Moscheevereiner Meinerzhagen besuchen zu dürfen. Die herzliche Gastfreundschaft und die offene Atmosphäre haben mich sehr beeindruckt. Vor Ort konnte ich mehr über die Aktivitäten und Projekte des Vereins erfahren und über das neue Staatsbürgerschaftsrecht informieren, was auf großes Interesse stieß.

Ein wichtiges Anliegen des Moscheevereiner ist die Einrichtung eines muslimischen Friedhofs an der Heerstraße. Damit soll allen Musliminnen und Muslimen der Region eine letzte Ruhestätte in ihrer Heimat ermöglicht werden.

Ich habe auch für das Engagement in demokratischen Parteien geworben. Denn wer es schafft, neben der ehrenamtlichen Tätigkeit im Verein auch politisch zu partizipieren, kann seine Wünsche, Rechte und Forderungen noch besser adressieren und durchsetzen.



Vielen Dank an Herrn Ömer Ilkinci, der diesen Besuch angeregt hatte, und an alle Mitglieder der Moschee für das große Interesse!



# Für den Erhalt der Gynäkologie und Geburtshilfe in Lennestadt

**D**ie angekündigte Schließung der Geburtshilfe im St. Josefs-Hospital in Lennestadt hat viele Menschen enttäuscht. Auch ich bin nicht glücklich über diese Entscheidung. Lennestadt hat als Krankenhaus weit über die Kreisgrenzen hinaus Bedeutung und es ist bedauerlich, dass dieser Standort verloren geht.

Die Vorwürfe der GFO-Kliniken, die Schließungspläne seien durch mangelnde finanzielle Unterstützung des Bundes verursacht worden, weise ich zurück. Ich habe mich persönlich für Sonderzahlungen für Kinderheilkunde und Geburtshilfe eingesetzt. Für 2023 und 2024 sind jeweils 420 Millionen Euro vorgesehen, davon 120 Millionen für die Geburtshilfe.

Die Verteilung dieser Mittel obliegt den Ländern selbst. Wenn der Landesgesundheitsminister Laumann bzw. der private Träger es gewollt hätte, könnte der Standort Lennestadt erhalten werden. Zudem entlastet die Krankenhausreform gerade kleine Häuser im ländlichen Raum. So sind Zuschläge von bis zu einer Million Euro für bedarfsnotwendige Krankenhäuser im ländlichen Raum und weitere Zuschläge für Versorgungsbereiche wie die Geburtshilfe sowie eine garantierte Vergütung auch bei sinkenden Fallzahlen vorgesehen.

Reformen im stationären Bereich sind notwendig, aber die unangenehmen Folgen dürfen nicht immer dem Bund in die Schuhe geschoben werden. Das grenzt an Populismus. Ich habe das Gespräch mit dem Träger geführt und warte auf die Antwort meines Briefes an den Minister Laumann. Die Hintergründe dieser Entscheidung müssen näher geklärt werden.

Gemeinsam können wir etwas bewegen. Unterstützt deshalb die Petition zum Erhalt der Gynäkologie und Geburtshilfe in Lennestadt. Auch ich habe unterzeichnet. Bisher haben 21.167 Menschen die Petition unterschrieben (Stand: 06.07.2024, 9.00 Uhr), das nächste Ziel sind 25.000!

[Hier geht es zur Petition auf change.org](#)

[Meine Zwischenintervention zu diesem Thema im Plenum des Deutschen Bundestages seht ihr hier in einem Instagram Reel.](#)



# Einzigartiger und historischer Ort in Lüdenscheid!

## DIE ERLÖSERKIRCHE

**E**s ist eine hervorragende Nachricht: Der Bund wird die Sanierung der Erlöserkirche Lüdenscheid mit 369.911,50 Euro unterstützen! Das wurde jüngst im Haushaltsausschuss beschlossen und sehr gerne habe ich mich dafür eingesetzt. Schon zweimal habe ich mir die Erlöserkirche bis zur Turmspitze zeigen lassen, den Förderantrag selbst studiert und Tipps für die Argumentation für eine Förderung beim Kirchenträger gegeben – mit Erfolg.

Damit werden 50 Prozent der Sanierungskosten vom Bund übernommen. Die Sanierung ist insbesondere wegen des Dachs des historischen Gebäudes notwendig. Die Mittel dafür stammen aus dem „Denkmalschutzsonderprogramm XII“, mit dem national bedeutsame Kulturdenkmäler in ganz Deutschland gefördert werden.

Die Erlöserkirche ist ein einzigartiger und historischer Ort in Lüdenscheid, die schon lange ein Ort der religiösen, aber auch gesellschaftlichen Begegnung ist. Ich freue mich nun auf eine zügige Umsetzung und einen baldigen erneuten Besuch der Kirche.



# Geschichtliches erhalten, Kultur fördern

**D**ie Geschichte von Schloss Bamenohl am Ortsrand von Finnentrop ist wirklich spannend. Schon im 14. Jahrhundert wird zumindest eine Kapelle erwähnt, später dann auch ein Schloss

Heute ist das Schloss Bamenohl, verborgen hinter uralten Bäumen inmitten eines idyllischen Parks gelegen, in siebter Generation im Besitz der Familie Freiherr von Plettenberg. Und je älter das Schloss wird, desto mehr muss in dessen Erhalt investiert werden.



Ich habe mir auf Einladung von Mortimer Frhr. von Plettenberg das Schloss angeschaut und mich mit ihm darüber ausgetauscht, welche Fördermöglichkeiten auf Bundesebene zur Verfügung stehen könnten, um das imposante Gebäude auf Dauer in der Substanz zu erhalten.

Das Schloss wird heute auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und findet großen Anklang in der Bevölkerung. Hier finden standesamtliche Trauungen, klassische Konzerte und jährlich das große „Open-Air am Schloss“ der Kulturgemeinde Finnentrop statt. Außerdem gibt es zwei Ferienwohnungen und Mietwohnungen, auch für Geflüchtete, die das historische Gebäude beleben.

Aber jetzt muss der Außenputz am Schloss dringend erneuert werden, und das kostet immerhin 90.000 Euro. Ich setze mich gerne dafür ein, dass aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm der Bundesregierung entsprechende Zuschüsse nach Bamenohl fließen.

# Sommerfest im Olper Tierheim

Vor Ort beim Tierheim Olpe: Ich freue mich sehr, dass ich der Einladung gefolgt bin und am Sonntagnachmittag bei strahlendem Sonnenschein das Sommerfest des Olper Vereins besuchen durfte. Es war mir eine große Freude, den verantwortlichen Aktiven einen Präsentkorb mit Tiernahrung zu überreichen. Denn neben Geldzuwendungen benötigt der Verein natürlich auch immer genügend Futter.

Ein wichtiges Anliegen des Moscheevereins ist die Mit dem hauptamtlichen Tierpfleger Marcel habe ich mich intensiv zu der Problematik der Katzenkastration unterhalten. Bis auf die Gemeinde Finnentrop konnten sich bisher weder der Kreis Olpe noch die anderen sechs Kommunen zu einer solchen Kastrationspflicht durchringen. Das unkontrollierte Vermehren der Katzen ist wirklich ein großes Problem. Außerdem machen die Finanzen den Tierheimen zu schaffen: Mit der Abgabe von Katzen werden natürlich die Vereinskassen geschmälert, denn die Tierärztkosten sind immer enorm.

Möglichkeiten, das Tierheim im **Kreis Olpe** zu unterstützen, findet ihr auf der [Internetseite des Tierheims](#).

Aber auch die Tierheime im **südlichen Märkischen Kreis** freuen sich über Unterstützung:

- [Tierschutzverein Lüdenscheid und Umgebung e.V.](#)
- [Tierschutzverein Halver](#)
- [Tierschutzverein Meinerzhagen](#)



mit der Vereinsvorsitzenden Elke Stellbrink, Tierpfleger Carsten dem 4-jährigen „Tommy“



Präsentübergabe mit Kassiererin Roswitha Blum

# Diskussion der Deutschen Schmerzgesellschaft

Die Deutsche Schmerzgesellschaft e.V. nutzt den 14. Juni als jährlichen „Aktionstag gegen den Schmerz“, um das Bewusstsein für Schmerzerkrankungen zu schärfen und Betroffene und Angehörige mit Experten zusammenzubringen.

Viele Menschen in Deutschland leiden dauerhaft unter Schmerzen – [Schätzungen gehen von 3,25 bis 20 Millionen aus](#). In der Regel suchen diese Menschen ihren Hausarzt oder einen Facharzt auf, um Medikamente und Physiotherapie zu erhalten. Wenn Schmerzen über einen längeren Zeitraum anhalten, können sie zu einem dauerhaften Problem werden, d. h. sie können chronisch werden und das Gefühlsleben und den Alltag stark beeinträchtigen.

Die beste Behandlung für solche hartnäckigen Schmerzen ist die ganzheitliche Behandlung des Patienten durch kooperierende Ärzte und Therapeuten, die so genannte „interdisziplinäre multimodale Schmerztherapie“. In den letzten zehn Jahren haben immer mehr Menschen diese Therapie in Anspruch genommen.

Prävention ist wichtig, um Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen. Gerade in den Bereichen gesunde Ernährung und Bewegungsförderung können wir noch viel erreichen. Denn Übergewicht, Diabetes Typ II und Nikotinabusus bzw. Passivrauchen führen zu Folgeerkrankungen und damit zu Schmerzen, insbesondere im Krebsstadium.

Leider gibt es nicht genügend Einrichtungen und Spezialisten, um alle Menschen mit Schmerzen an-



gemessen zu behandeln. Von den niedergelassenen Ärzten, die als Schmerzmediziner registriert sind, geht in den nächsten Jahren ein großer Teil in den Ruhestand, so dass die Schmerzgesellschaft besondere Anforderungen wie eine entsprechende Leistungsgruppe fordert.

Ich schlug vor, die Forschung in diesem Bereich zu intensivieren und einen Schmerzatlas herauszugeben, damit die Patienten schnell erkennen können, wo es Behandlungszentren gibt. Auch die Telemedizin könnte gute Dienste leisten, um geeignete Spezialisten zu finden und den Stand der Behandlung abzufragen bzw. zu therapieren.

# Gesundheits- politiker und Familien im hautnahen Austausch über Probleme der Hilfsmittelversorgung

In der vergangenen Woche trafen auf Einladung des Aktionsbündnisses für bedarfsgerechte Hilfsmittelversorgung über 40 Gäste zu einem parlamentarischen Frühstück im Bundestagsrestaurant zusammen: Als Schirmherrin begrüßte ich die Gäste und vor allem auch die anwesenden Familien mit ihren Kindern herzlich.

Auch wenn es nur um eine kleine Gruppe von betroffenen Kindern und Jugendlichen geht, machen die dazugehörigen Geschwister, Angehörigen und alle Betreuer eine große Gruppe von „Betroffenen“ aus. Das Aktionsbündnis, entstanden aus der Petition der Familie Lechleuthner „Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung von schwerstbehinderten Kindern/Erwachsenen“, hat in dreijähriger Arbeit konkrete Umsetzungsvorschläge erarbeitet.

Neben der Familie Lechleuthner äußerten sich auch Prof. Dr. Rüdiger Krauspe, als langjähriger Kinderorthopäde, Dr. Mona Dreesmann als Leiterin eines SPZ, Brigitte Bührlen von der Stiftung „Wir – für pflegende Angehörige“ und Christiana Hennemann vom Verein rehaKIND im Rahmen des Frühstücks zu bestehenden Missständen in der täglichen Praxis und im Lebensalltag der Familien. Ein wichtiger Teil der Forderungen des Aktionsbündnisses kann nun mit der anstehenden Umsetzung des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes (GVSG) realisiert werden.

Die Evaluation des GVSG wird zeigen, wie effizient die neuen Regelungen sind. Es wird aufmerksam zu prüfen sein, ob die Ablehnungsquote und die Bearbeitungsdauern und -aufwendungen durch die geplan-

te gesetzliche Regelung und ggf. andere ergriffene Maßnahmen sinken.

Als Bundestagsabgeordnete werde ich den Prozess aufmerksam begleiten. Die Anliegen der Betroffenen liegen mir sehr am Herzen. Unnötige Belastungen sind für die Familien und Kinder unbedingt zu vermeiden! Es war mir eine Freude, die Initiatoren und Unterstützer des Aktionsbündnisses bei diesem Frühstück kennen zu lernen. Eine Petition von Bürgern, die in konkrete Gesetzgebung mündet – das ist gelebte Demokratie.



Foto: AdobeStock Pixel-Shot



**Fraktion vor Ort**  
Diskussionsveranstaltung

# Einladung nach Lüdenscheid

**09.07.2024 FRAKTION VOR ORT: ENDOMETRIOSE  
– DIE UNBEKANNTE VOLKSKRANKHEIT**

**WANN?** Dienstag, den 09.07.2024, Beginn: 18.00 Uhr, Einlass ab 17.30 Uhr.

**WO?** Bistro im Schneckenhaus, Brückenstr. 95 in 58511 Lüdenscheid statt. Beginn ist um 18.00 Uhr,

Über eure **ANMELDUNG** würde ich mich sehr freuen!

per E-Mail: [nezahat.baradari.wk@bundestag.de](mailto:nezahat.baradari.wk@bundestag.de) oder

über das Internet: <https://www.spdfraktion.de/termine/2024-07-09-endometriose>

**E**ndometriose ist eine gutartige, jedoch chronisch verlaufende Erkrankung. Bei Endometriose wächst Gewebe, welches der Gebärmutter-schleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter. Dieses Gewebe siedelt sich beispielsweise an den Eierstöcken, im Bauch- und Beckenraum, am Darm oder Bauchfell an. Schätzungsweise zehn bis 20 Prozent aller Frauen mit Gebärmutter zwischen 15 und 50 Jahren leiden an Endometriose – die Dunkelziffer ist hoch.

Der Deutsche Bundestag hat in den vergangenen Monaten mehrfach Anträge zur Endometrioseforschung diskutiert und stellte bereits 2022 fünf Millionen Euro jährlich für die Endometriose-Forschung bereit. Damit ist es aber nicht getan: Wichtig ist es vor allem, Aufmerksamkeit für das Krankheitsbild zu schaffen, damit mehr Patientinnen zielgerichtet geholfen werden kann.

Über Möglichkeiten, die Awareness zu stärken sowie über die Gegenwart und Zukunft der Endometriose-Versorgung möchte ich mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Mit meiner

FRAKTION VOR ORT

EINLADUNG

## Endometriose Die unbekannte Volkskrankheit

**Wann?** Dienstag, 9. Juli 2024, 18–19.30 Uhr  
**Wo?** Bistro im Schneckenhaus  
Brückenstraße 95, 58511 Lüdenscheid

Diskutieren Sie unter anderem mit:



Nezhahat Baradari  
MdB, Mitglied im  
Gesundheitsausschuss des  
Bundestags



Heike Engelhardt  
MdB, Mitglied im  
Gesundheitsausschuss des  
Bundestags

SPD  
Fraktion im  
Bundestag

Abgeordnetenkollegin Heike Engelhardt, MdB, konnte ich zudem eine anerkannte Fachfrau gewinnen. Sie vertritt seit 2021 im Deutschen Bundestag den Wahlkreis Ravensburg und ist Mitglied im Ausschuss für Gesundheit sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

**– ANKÜNDIGUNG –**

**SPD**  
KREISVERBAND  
OLPE

SPD-Kreisverband Olpe  
Frankfurter Str. 9, 57462 Olpe

**Kreisverband Olpe**  
Telefon: 02761 – 4242  
E-Mail: kv-olpe@spd.de

Olpe, 04. Juli 2024

**Einladung zur Veranstaltung: Anstehende Krankenhausreform des Bundes und Krankenhausplanung NRW**

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden euch herzlich zu einer Veranstaltung zur Thematik „Anstehende Krankenhausreform des Bundes und Krankenhausplanung NRW“ ein, die vom SPD-Kreisverband Olpe, dem SPD-Stadtverband Lennestadt und dem SPD-Ortsverein Lennestadt organisiert wird.

**18. Juli 2024 ab 19:30 Uhr**  
**Landhaus im Grund (Zum Grund 23, 57368 Lennestadt)**

An diesem Abend werden wir gemeinsam über die aktuellen Herausforderungen und Perspektiven der Krankenhausreform diskutieren. Die KV-Co-Vorsitzende Nezahat Baradari (MdB und Mitglied im Gesundheitsausschuss der SPD-Bundestagsfraktion) und die stellvertretende KV-Vorsitzende Christin-Marie Stamm (MdB) sowie der Stadtverbandsvorsitzende Heinz Vollmer und der Ortsvereinsvorsitzende Sebastian Sonntag werden durch den Abend führen und gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die verschiedenen Aspekte der Krankenhausreform erörtern.

Die Reform ist ein zentrales Thema, das uns alle betrifft. Es ist uns daher ein besonderes Anliegen, eure Meinungen, Fragen und Anregungen in diese Diskussion einzubringen. Eure Teilnahme ist uns sehr wichtig und wir hoffen auf eine rege Beteiligung. Anmeldungen sind ab sofort per E-Mail unter [kv-olpe@spd.de](mailto:kv-olpe@spd.de) oder telefonisch unter 02761 4242 möglich. Wir freuen uns auf euer Kommen und auf einen informativen und konstruktiven Abend.

Mit solidarischen Grüßen

gez.	gez.	gez.	gez.	gez.
Nezahat Baradari	Sebastian Menn	Heinz Vollmer	Sebastian Sonntag	Lukas Kroll
KV-Co-Vorsitzende	KV-Co-Vorsitzender	STV-Vorsitzender	OV-Vorsitzender	KV-Geschäftsführer

SPD-Kreisverband Olpe  
Frankfurter Str. 9  
57462 Olpe

Telefon: 02761 – 4242  
Fax: 02761 – 40305  
E-Mail: kv-olpe@spd.de

   
spdkreisverbandolpe

**SPD-KREIS-OLPE.DE**

# Wir liefern!

## Unsere Erfolge 2023 / 2024

### Ein höheres, besseres und gerechteres Bafög

Damit das Bafög wieder besser zum Studierverhalten und zum Leben passt, haben wir es grundlegend reformiert. Der Grundbedarf und die Wohnkostenpauschale sind erneut gestiegen, sodass Studierende bis zu 992 Euro pro Monat erhalten können. Eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Personen, deren Eltern etwa Wohngeld oder Bürgergeld beziehen, nimmt finanziellen Druck zu Beginn des Studiums, wenn viele Ausgaben anstehen. Freibeträge für das Einkommen der Eltern und das eigene Ersparte steigen weiter und ein Minijob bleibt künftig immer anrechnungsfrei. Durch ein Flexibilitätssemester kann ohne Angabe von Gründen ein Semester länger studiert werden. Wer das Studienfach wechseln möchte, hat bis zum Beginn des fünften Fachsemesters dafür Zeit, ohne den Bafög-Anspruch zu verlieren.



### Für mehr Chancengerechtigkeit in der Schulbildung

Der Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Mit dem Startchancen-Programm investieren wir deshalb zusammen mit den Ländern 20 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren in bis zu 4.000 Schulen. Ab dem Schuljahr 2024/25 erhalten die ersten Grundschulen, weiterführenden und berufsbildenden Schulen in sozial benachteiligten Lagen mehr Geld, das sie für mehr Sozialarbeiter:innen, moderne Lernräume oder für andere Initiativen verwenden können. Ziel ist, Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu stärken. So soll die Zahl der Schüler:innen unter den Mindeststandards in Deutsch und Mathe in zehn Jahren halbiert werden. Bei der Mittelverteilung haben wir einen Paradigmenwechsel erreicht: Durch die Einführung sozialer Kriterien profitieren die Schulen am stärksten, die den größten Unterstützungsbedarf haben.

## Bessere Qualität in Krankenhäusern

Patient:innen sollen in jedem Krankenhaus die beste Versorgung erhalten. Das Finanzierungssystem über Fallpauschalen – also die Zahlung einer bestimmten Summe je Behandlungsfall – hat zu einer Ökonomisierung des Krankenhausesektors geführt. Unser Ziel ist, die Qualität der Behandlungen zu verbessern und sicherzustellen, dass Kliniken nur das anbieten, was sie am besten können. Dazu steigen wir aus dem Hamsterrad der Fallpauschalen aus und führen Vorhaltepauschalen für die Leistungen ein, die Krankenhäuser anbieten. Für jede Leistung gibt es bundeseinheitliche Qualitätskriterien, sodass sichergestellt ist, dass Patient:innen unabhängig von der Größe und Lage des Krankenhauses die beste Versorgung bekommen. Damit Patient:innen wissen, in welchem Krankenhaus sie die bestmögliche Behandlung erhalten, haben wir einen digitalen Bundes-Klinik-Atlas geschaffen. Dort können sie alle verfügbaren Krankenhausdaten einsehen.

## Hausärzt:innen den Rücken gestärkt

Wir stärken Hausarztpraxen, indem wir ihnen mehr Freiräume geben und mehr finanzielle Unabhängigkeit ermöglichen. Künftig sollen nämlich alle in den Praxen erbrachten Leistungen in voller Höhe von den Krankenkassen bezahlt werden. Bisher gelten Budgets mit Obergrenzen bei der Vergütung durch die Kassen, die nun wegfallen. In der Kinder- und Jugendmedizin wurde dies bereits umgesetzt. Statt der Obergrenzen werden jahresbezogene Versorgungs- und Vorhaltepauschalen für Hausärzt:innen eingeführt – etwa um die Versorgung chronisch kranker Patient:innen und Hausbesuche finanziell angemessen zu honorieren, und um die Versorgung in der Fläche zu gewährleisten. Außerdem verringern wir den bürokratischen Aufwand, indem bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen eine Geringfügigkeitsgrenze von 300 Euro eingeführt wird. Um dem Fachkräftemangel in der Medizin entgegenzuwirken, stellen wir ab 2026 mehr Geld für zusätzliche Medizinstudienplätze zur Verfügung.



## E-Patientenakte und E-Rezept eingeführt

Die Gesundheitsversorgung für Patient:innen wird einfacher, besser und transparenter durch mehr und sichere Digitalisierung. Ab 2025 können alle gesetzlich Versicherten eine elektronische Patientenakte (ePA) nutzen, sofern sie nicht widersprechen. Auch für privat Versicherte wird es eine ePA geben, sofern ihre Krankenversicherung diese anbietet. In der ePA werden beispielsweise Arztbriefe, Befunde und Röntgenbilder digital gespeichert. Versicherte können die ePA per App oder als PC-Version nutzen. Alle Daten sind verschlüsselt und können nur von den Versicherten und den von ihnen freigeschalteten Ärzt:innen eingesehen werden. Der Datenschutz wird also eingehalten. Seit Januar 2024 gibt es zudem das E-Rezept flächendeckend. Mit dem E-Rezept können Rezepte in Apotheken über die elektronische Gesundheitskarte oder über eine App eingelöst werden. Wir stärken zudem die sogenannte assistierte Telemedizin in Apotheken – Patient:innen können sich dort zu telemedizinischen Leistungen beraten und helfen lassen.

## Besserer Schutz für Beschäftigte von Paketdiensten

In Deutschland werden täglich 60 Millionen Briefe und 10 Millionen Pakete verschickt. Durch die Digitalisierung werden weniger Briefe, durch den Online-Handel aber mehr Pakete verschickt. Wir sorgen dafür, dass diese Entwicklung nicht auf dem Rücken von Paketbot:innen passiert. Bei schweren Paketen mit einem Gewicht von über 20 Kilogramm gibt es in Zukunft Hilfe – entweder von einer Kollegin oder einem Kollegen oder von einem geeigneten technischen Hilfsmittel. Eine einfache Sackkarre reicht dafür nicht aus. Genauso wichtig für uns ist, dass Subunternehmen der großen Paketdienstleister und deren Auftragnehmer künftig engmaschiger und schärfer auf die Einhaltung von Mindestlohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften hin überprüft werden.



## Vergütung von Betriebsrät:innen rechtssicher geregelt

Wer als Betriebsrät:in freigestellt ist, erhält eine Vergütung, die sich am Gehalt von vergleichbaren Beschäftigten orientiert. Wegen eines Urteils des Bundesgerichtshofs von 2023 war es zu rechtlichen Unsicherheiten gekommen, was die Höhe der Vergütungen angeht. Wir haben die Regeln für die Festlegung von Betriebsratsvergütungen nun präzisiert, um für mehr Rechtssicherheit für Arbeitgeber:innen und Betriebsrät:innen zu sorgen. Werden die Grundsätze der Vergütung etwa transparent in einer Betriebsvereinbarung festgehalten, gilt künftig eine sogenannte Richtigkeitsgewähr, welche das Risiko der Strafbarkeit nahezu ausschließt. So gewährleisten wir, dass Betriebsratsarbeit hierzulande rechtssicher und uneingeschränkt ausgeübt werden kann.

## Bezahlbares Wohnen stärken

Mit der Wohngemeinnützigkeit sorgen wir neben dem sozialen Wohnungsbau für mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land. Soziale Unternehmen, Vereine und Stiftungen können künftig vergünstigten Wohnraum bereitstellen und dabei von den umfassenden Steuererleichterungen der Gemeinnützigkeit profitieren. Voraussetzung ist: Die angebotene Miete muss unter der marktüblichen Miete liegen. Die Einkommensgrenzen sind so festgelegt, dass rund 60 Prozent der Haushalte in Deutschland von der neuen Wohngemeinnützigkeit profitieren können. Zudem setzen wir Anreize dafür, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Jährlich können fünf Prozent der Investitionskosten abgeschrieben werden. Die Regelung gilt für alle Bauprojekte mit Baubeginn zwischen dem 1. Oktober 2023 und dem 30. September 2029.

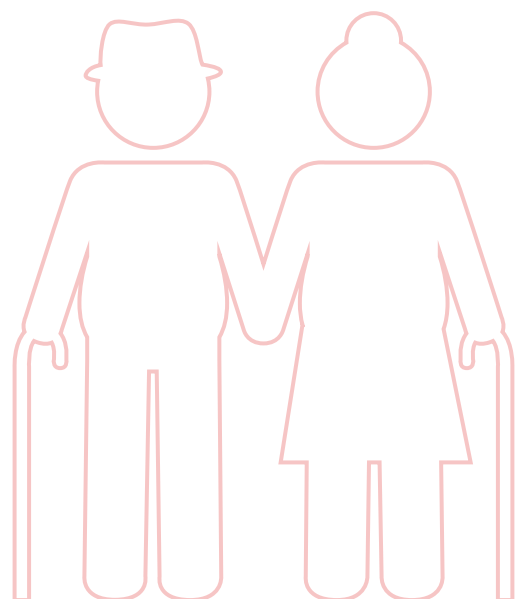


## Stabiles Rentenniveau bis mindestens 2039

Wir sorgen für stabile Renten – jetzt und in Zukunft! Wir sichern das Rentenniveau langfristig bei mindestens 48 Prozent. Das macht für alle, die heute arbeiten, in der Zukunft einen echten Unterschied. Das Rentenniveau gibt an, wie sich die Renten im Verhältnis zu den Löhnen entwickeln. Nach geltendem Recht würde das Niveau schon bald unter 48 Prozent und längerfristig sogar unter 45 Prozent sinken. Mit dem Rentenpaket II verhindern wir genau das. Davon profitieren jetzige, aber auch zukünftige Generationen. Mit den neuen Regelungen fällt eine Rente von beispielsweise 1.500 Euro im Jahr 2040 um knapp 100 Euro höher aus.

## Mehr Geld für Erwerbsminderungsrentner:innen

Wer wegen Krankheit oder Behinderung nicht mehr arbeiten kann, hat Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente. Wir sorgen dafür, dass erwerbsgeminderte Rentner:innen im Bestand – also Menschen, die zwischen 2001 und 2018 erstmals eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben, bessergestellt werden. Abhängig vom Rentenbeginn erhalten sie seit Juli 2024 einen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent. Rund drei Millionen Renten steigen dadurch. Zudem steigen die Renten für alle ab Juli um 4,57 Prozent – in Ost und West gleichermaßen, da der Rentenwert bundesweit nun gleich ist. Eine Rente von 1000 Euro steigt damit um 45,70 Euro.

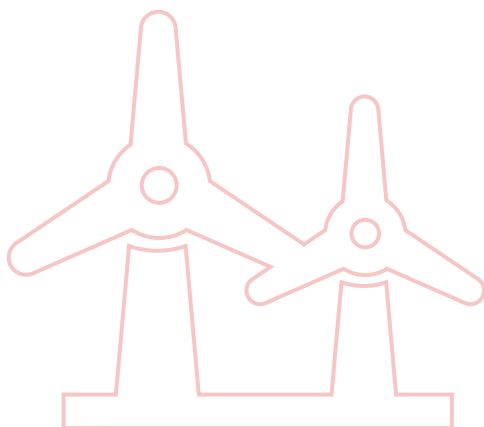


## Energiewende vorangebracht

2023 konnte Deutschland seinen Bruttostromverbrauch erstmals mehr als zur Hälfte mit erneuerbaren Energien decken. Daran wollen wir anknüpfen und fördern deshalb Photovoltaik (PV) auf Dächern, an Gebäuden sowie auf Freiflächen. Dazu erleichtern wir die Nutzung von PV für Privatpersonen und Gewerbe, indem zahlreiche Hürden für die Genehmigung und die Installation von Dach- und Balkon-Solaranlagen wegfallen. Wir fördern aber auch Windkraft, indem wir viele Gebiete zu Beschleunigungsgebieten für erneuerbare Energien erklären und so einen noch schnelleren Ausbau ermöglichen. Wir setzen außerdem auf Wasserstoff als klimaneutralen Energieträger der Zukunft. Bis 2032 wird ein rund 10.000 Kilometer langes Wasserstoff-Kernnetz aufgebaut, das deutschlandweit wesentliche Wasserstoff-Standorte erschließen soll – etwa große Industriezentren, Speicher, Kraftwerke und Importkorridore.

## Kommunen fit machen für die Wärmewende

Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral heizen. Damit Hauseigentümer:innen, Unternehmen und Energieversorger wissen, welche Möglichkeiten für erneuerbares Heizen bestehen, werden alle Städte und Gemeinden in Deutschland in den kommenden Jahren konkrete Wärmepläne entwickeln. Diese zeigen, welche klimafreundlichen Heizungslösungen vor Ort möglich sind. Die möglichen Technologien reichen von Fernwärme bis hin zur dezentralen Wärmeversorgung, etwa durch Wärmepumpen. Damit Länder und Kommunen die mit der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung verbundenen Kosten stemmen können, nehmen wir viel Geld in die Hand: zwischen 2024 bis 2028 jährlich rund 100 Millionen Euro.



## Mehr Tempo bei Planung, Genehmigung und Bau

Wir investieren massiv in unser Schienennetz und stärken die Schiene als klimafreundlichen Verkehrsträger. Künftig können Maßnahmen schneller, optimiert und gebündelt umgesetzt werden. So kann das Bahnnetz zügig generalsaniert und modernisiert werden. Mit dem neuen Konzept der Korridorsanierung werden Bau- und Sperrzeiten verkürzt und die Grundlage für weniger Störanfälligkeit, mehr Verlässlichkeit und mehr Kapazität im Netz geschaffen. Kurzum: Die Züge fahren danach pünktlicher und zuverlässiger!

Auch Autobahnbrücken können schneller erneuert, beschlossene Neubauprojekte sowie zentrale Straßenbauprojekte zügiger umgesetzt und genehmigt werden. Und wir beschleunigen Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen, von Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff sowie für den Umbau unserer Industrie, ohne Umweltstandards abzusenken. Verfahrensschritte – wie bspw. die Öffentlichkeitsbeteiligung – werden digitalisiert, die Beteiligung von Behörden vereinfacht, Fristen verkürzt und die Verfahrensdauer verbindlich.

## Für eine moderne Verwaltung

Eine moderne Verwaltung schafft Bürgernähe, Entlastung für Behörden und Unternehmen und ist zugleich ein Standortfaktor im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und Arbeitskräfte. Wir schaffen nun den Rechtsrahmen dafür, die Verfahren im Bund, in den Ländern und den Kommunen zu beschleunigen, unbürokratischer zu gestalten und zu digitalisieren. So ebnen wir den Weg zu nutzungsfreundlichen und digitalen Verwaltungsverfahren für alle. Eingeführt wird etwa ein zentrales digitales Bürgerkonto, über das die gesamte Kommunikation mit der Verwaltung sicher und digital erledigt werden kann – vom Antrag bis zum Bescheid.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Bürokratie insbesondere durch digitale Verfahren und einheitliche Meldepflichten abzubauen und Prozesse von Grund auf neu zu denken und zu strukturieren. Dies ist eine Querschnitts- und Daueraufgabe.

## Investitionen anreizen und Konzerne gerecht besteuern

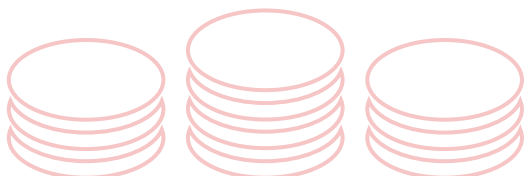
Sozialdemokratische Haushaltspolitik bedeutet für uns, innere, äußere und soziale Sicherheit zusammen zu denken und nicht gegeneinander auszuspielen. Das ist für den Haushalt 2024 gelungen, auch wenn die Voraussetzungen äußerst schwierig waren. Für uns ist auch klar: Wir brauchen mehr Investitionen – in Transformation, in die Infrastruktur und in die Sicherheit.

Wir stärken den Finanzstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb und setzen ökonomische Impulse. Für Start-ups und Wachstumsunternehmen wird es leichter, neues Kapital für Investitionen aufzunehmen, indem die Mindestmarktkapitalisierung für einen Börsengang gesenkt und so der Zugang zum Kapitalmarkt erleichtert wird.

Große global agierende Konzerne können Gewinne in Steueroasen verschieben und so Steuerzahlungen in Milliardenhöhe vermeiden. Um für mehr Steuerfairness zu sorgen, haben wir uns erfolgreich für eine internationale Mindeststeuer eingesetzt. Künftig werden sämtliche Gewinne, die ein Konzern weltweit erwirtschaftet, mit 15 Prozent besteuert – ganz egal, wo sie entstehen.

## Wachstum, Investitionen und Innovation fördern

Um unsere Wirtschaft wettbewerbsfähiger und schneller klimaneutral zu machen, haben wir erhebliche steuerliche Verbesserungen für Betriebe und Unternehmen auf den Weg gebracht. Wir verbessern die Sonderabschreibung für kleine und mittlere Unternehmen, was ihrer Liquidität zugutekommt. Auch die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung wird verbessert. Neben Personalkosten können künftig auch Sachkosten berücksichtigt werden. Außerdem wird die maximale Bemessungsgrundlage verdreifacht, wodurch die Förderbeträge steigen.



## Staatsangehörigkeitsrecht reformiert

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Was lange überfällig und längst gesellschaftliche Realität ist, haben wir nun umgesetzt und das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert. Das ist ein klarer Paradigmenwechsel. Menschen, die schon lange hier leben, ihren Lebensmittelpunkt hier haben und die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung teilen, senden wir ein klares Zeichen: Ihr gehört zu uns! Ihr seid Teil der Gesellschaft, Ihr könnt künftig mitentscheiden und mitbestimmen. Einbürgerungen sind künftig schneller und einfacher möglich, nach fünf statt acht Jahren. Auch Mehrstaatigkeit ist nun grundsätzlich möglich. Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Menschenverachtung schließen eine Einbürgerung aus.

## Migration besser steuern

Wir sorgen für geregelte Migration und haben ein modernes Einwanderungsrecht geschaffen. Wir brauchen Zuwanderung, deshalb haben wir die Verfahren für Arbeits- und Fachkräfte vereinfacht und beschleunigt. Gleichzeitig haben wir schnelle und geordnete Verfahren für die Menschen geschaffen, die bei uns Schutz suchen. Wer Schutz braucht, soll ihn erhalten. Asylanträge müssen schneller bearbeitet werden, damit schnell Klarheit besteht, wer bleiben kann und wer nicht. Dazu trägt u. a. auch die Einstufung neuer sicherer Herkunftsstaaten bei. Menschen aus Staaten mit einer geringen Anerkennungsquote durchlaufen ein beschleunigtes Asylverfahren. Wer kein Anrecht auf Asyl hat, muss konsequent zurückgeführt werden. Dies betrifft insbesondere die Rückführung von Straftätern und Gefährdern. Klar ist aber auch, dass es eine gesamteuropäische Antwort braucht, um irreguläre Migration zu verhindern. Deshalb muss die bereits beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems EU-weit schnell umgesetzt werden.

Wir geben den Ländern und Ausländerbehörden neue Instrumente an die Hand, um Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, sodass die Ausreisepflicht konsequenter durchgesetzt werden kann. Wer eine terroristische Straftat billigt, soll künftig leichter ausgewiesen werden. Finanziell unterstützen wir die Länder und Kommunen weiter bei der Versorgung und Unterbringung von Asylsuchenden. Dazu haben wir die bestehende feste Flüchtlingspauschale zu einem „atmenden System“ weiterentwickelt, mit einer jährlichen Pauschale von 7.500 Euro pro Asylbeantragsteller:in. Zudem haben wir für die Einführung der Bezahlkarte durch die Länder Rechtsicherheit geschaffen.

## Sicher im Netz unterwegs

Nutzer:innen von Online-Plattformen und Suchmaschinen sollen den Inhalten im Internet vertrauen können. Wir haben dafür gesorgt, dass es EU-weite Regelungen gibt, die die Entfernung illegaler Inhalte erleichtert und so die Grundrechte der Nutzer:innen schützt. Europäisches Recht kann jetzt auch gegenüber den großen Plattformen durchgesetzt werden. Anbieter von digitalen Diensten, wie beispielsweise die von Online-Kaufhäusern, Suchmaschinen oder Social Media-Plattformen, müssen nun wirksam Hinweisen über illegale Inhalte und Produkte nachgehen. Bei Verstößen können erhebliche Bußgelder verhängt werden. Wir haben die Grundlage geschaffen, besser gegen Hasskriminalität, Desinformation oder unsichere Produkte und Markenpiraterie vorzugehen.

## Der KulturPass geht in die zweite Runde

Wer 2006 geboren ist, kann ab dem 18. Geburtstag den KulturPass nutzen. Es gibt ein Budget von 100 Euro, das in Buchhandlungen, Kinos, auf Konzerten und Festivals oder in Theatern und Opernhäusern eingelöst werden kann. Auch Museen, Plattenläden und Musikgeschäfte sind Teil des Angebots. Den KulturPass gab es 2023 zum ersten Mal. Wir haben damit ein innovatives digitales Instrument geschaffen, das Kulturanbietende und junges Publikum bundesweit direkt miteinander verbindet. Kultureinrichtungen erhalten so Geld und junge Menschen einen vielleicht ersten Zugang zu vielen kulturellen Angeboten. Der KulturPass stärkt nicht nur unsere Kultur, sondern auch unsere Gesellschaft.

## EU-weit einheitliches Ladekabel kommt

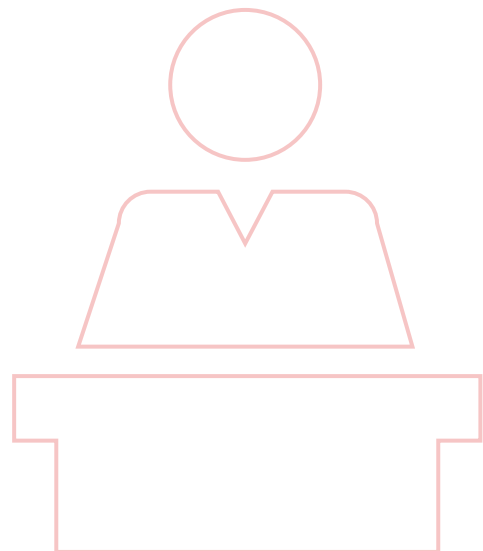
„Hast Du mal ein Ladekabel für mein Handy, Modell XYZ?“ Diese Frage gehört bald der Vergangenheit an, denn wir machen Schluss mit dem Kabelchaos: Zum Ende des Jahres wird USB-C das Standard-Ladekabel. Das gilt für alle Handys, Tablets und ähnliche Geräte – und ab 2026 auch für Laptops. Ein Ladegerät, das auf mehrere Geräte passt, spart nicht nur Geld und Zeit, sondern hilft auch, Elektronikschrott zu reduzieren.

## Demokratie schützen

Demokratie muss geschützt werden. Vor ihren Feind:innen von außen, aber auch von innen. Feind:innen der Verfassung haben weder im Öffentlichen Dienst noch in der Bundeswehr etwas zu suchen. Neue Regeln beschleunigen und vereinfachen deren Entlassung. Wer unsere Verfassung nicht schützt, sondern gegen sie wirkt, darf nicht staatlich alimentiert werden. Das betrifft nur wenige, aber diese Einzelfälle können das Vertrauen nachhaltig schädigen. Beamt:innen können nun schneller aus dem Dienst entfernt werden, indem Disziplinarmaßnahmen ausgesprochen werden können und keine langwierigen Disziplinarklagen. Das gilt analog auch für Richter:innen und Bundespolizist:innen sowie für die Bundeswehr. Um verfassungsfeindliche Soldat:innen umgehend aus dem Dienstverhältnis entlassen zu können, haben wir einen Entlassungstatbestand geschaffen. Ebenso wollen wir Schöff:innen, die nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, schneller aus dem Dienst entfernen.

## Regeln gegen Abgeordnetenbestechlichkeit verschärft

Wir als Abgeordnete haben als die direkt gewählten Volksvertreter:innen eine besondere Vorbildfunktion, deshalb müssen wir strenge Maßstäbe an uns selber setzen. Deshalb haben wir die Regeln gegen Abgeordnetenbestechlichkeit und -bestechung verschärft. Schwarze Schafe mit Maskendeals oder ähnlichem dürfen nicht nachhaltig das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie und die Volksvertreter:innen schwächen.



## Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken

Jede Frau hat ein Recht auf Selbstbestimmung. Dazu gehört auch ein ungestörter Zugang zu Beratungsstellen und ärztliche Praxen für Schwangere. Allerdings werden schwangere Frauen in Not- oder Konfliktlagen auf ihrem Weg dorthin immer wieder von Abtreibungsgegner:innen belästigt und unter Druck gesetzt. Solchen frauenfeindlichen Gehsteigbelästigungen schieben wir jetzt einen Riegel vor. Künftig werden sie als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro sanktioniert. Damit stärken wir die Selbstbestimmung von Frauen.

Wir haben uns zudem in einem Positionspapier für eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und eine bessere medizinische Versorgung ausgesprochen. Wir wollen den Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch in der jetzigen Form streichen und klare Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Entscheidung der Frauen jenseits des Strafrechts regeln.

## Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung

Wir schaffen staatliche Diskriminierung ab. Wir haben dafür gesorgt, dass trans- und intergeschlechtliche sowie nichtbinäre Menschen ihren Geschlechtseintrag und ihre Vornamen im Personenstandsregister durch eine einfache Erklärung beim Standesamt ändern können. Sie müssen keine Gerichtsverfahren mehr durchlaufen, auch Sachverständigengutachten sind nicht mehr notwendig. Nötig ist nur, sich drei Monate vorher beim Standesamt anzumelden. Nach der Änderung gilt eine Sperrfrist von einem Jahr, in der der Eintrag nicht erneut geändert werden kann. Regelungen zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen sind nicht Gegenstand des Gesetzes.

## Petitionsrecht modernisiert

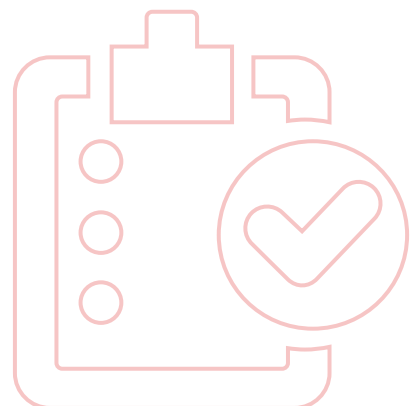
Mit Petitionen kann man direktdemokratisch mitgestalten. Das Petitionsrecht ist ein unveräußerliches Grundrecht. Durch die Novelle des Petitionsrechts haben wir die Möglichkeit für Bürger:innen vergrößert, sich direkt einzubringen. Wir haben das Petitionsrecht einfacher, digitaler, moderner gemacht. Petitionen werden schneller bearbeitet. Wir haben die Voraussetzungen für öffentliche Beratungen von Petitionen gesenkt. Denn Demokratie ist keine Einbahnstraße und die Meinungen, Sorgen und Wünsche der Bürger:innen zählen nicht nur am Wahltag.

## Mehr Fairness im Straßenverkehr

Bund, Länder und Kommunen haben künftig im Straßenverkehrsrecht neue Möglichkeiten, um den Klima- und Umweltschutz und den Schutz der Gesundheit der Bürger:innen zu verbessern und damit die Interessen aller Verkehrsteilnehmenden – unabhängig von der Art der Fortbewegung – besser zu wahren. Außerdem können Verkehrsfragen bei der städtebaulichen Entwicklung besser berücksichtigt werden. Kommunen können künftig zum Beispiel leichter Tempo-30-Abschnitte und Busspuren ausweisen, um Verkehr umweltfreundlicher zu gestalten. Länder und Kommunen können so schneller und flexibler auf die besonderen Anforderungen vor Ort reagieren.

## Für einen kontrollierten Umgang mit Cannabis

Wir haben den Konsum von Cannabis durch Erwachsene entkriminalisiert, weil die bisherige Verbotspolitik klar gescheitert ist. Deshalb ermöglichen wir den Eigenanbau für Erwachsene von bis zu drei weiblichen Pflanzen. Seit dem 1. Juli 2024 sind zudem gemeinnützige Anbauvereine erlaubt. Für Kinder und Jugendliche gilt weiterhin ein Besitz-, Anbau- und Erwerbsverbot. Cannabis darf nicht in Anwesenheit von Minderjährigen oder in Sichtweite von Schulen, Kitas, Spiel- und Sportplätzen konsumiert werden. Wer Cannabis an Kinder und Jugendliche verkauft oder weitergibt, muss mit hohen Strafen rechnen. Mit einer Informationskampagne sollen junge Erwachsene über die Risiken des Cannabiskonsums aufgeklärt werden. Unter Beteiligung des Bundeskriminalamtes wird die Teillegalisierung von Cannabis von Beginn an streng evaluiert.



## Nitratbelastung durch die Landwirtschaft reduzieren

Nitrat ist ein wichtiges Düngemittel in der Landwirtschaft. Einige Regionen in Deutschland kämpfen seit langem mit hohen Nitratbelastungen im Grundwasser. Seit 2012 hat die EU-Kommission die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, die nationalen Düngeregeln vollständig EU-konform umzusetzen. Wir haben deshalb das Düngerecht angepasst, um Strafzahlungen an die EU abzuwenden, den Landwirt:innen Planungssicherheit zu geben und Ressourcen zu schützen. Künftig wird bundesweit überprüft, ob die Nitratwerte tatsächlich sinken. Parallel stellen wir mit der Nährstoffbilanzverordnung einen nachhaltigen und ressourcenschonenden Umgang mit Nährstoffen in Betrieben sicher. Sinken die Nitratwerte im Grundwasser und weisen Betriebe eine stickstoffeffiziente Nährstoffbilanz vor, können Landwirt:innen in mit Stickstoff belasteten Gebieten von Auflagen befreit werden.

## Landwirtschaft unterstützen

Wir wollen eine moderne, umweltfreundliche, nachhaltige und rentable Landwirtschaft gewährleisten und nehmen die Sorgen und Anliegen der Landwirtschaft sehr ernst. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU entlohnen wir die Betriebe stärker für ihre Klima- und Umweltleistungen, anstatt sie pauschal für ihre Flächengröße zu subventionieren. Überdies schützen wir die Landwirtschaft vor unfairem Verhalten durch den Lebensmittelhandel. Dazu haben wir unlautere Handelspraktiken verboten wie etwa unfaire Preise für Agrarprodukte – dies gilt für Milch, Obst und Gemüse nun unbefristet. Um Verstöße besser überprüfen und ahnden zu können, ergänzen wir die Liste unlauterer Handelspraktiken um ein Umgehungsverbot. Verstöße durch Behörden können künftig zügiger sanktioniert werden. Wir bauen in der Landwirtschaft zudem in einem erheblichen Umfang Bürokratie ab und haben Landwirt:innen durch eine Gewinnglättung steuerlich besser gestellt.

## Wir stehen weiter fest an der Seite der Ukraine

Noch immer führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine und unterstützt das Land dabei, seine Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen. Wir haben militärische Unterstützung in Höhe von rund 28 Milliarden Euro an die Ukraine geleistet oder zugesagt und sind weltweit zweitgrößter Unterstützer. Wir stimmen uns eng mit unseren Partnern ab und tun alles dafür, dass der Krieg nicht weiter eskaliert. Unsere Hilfe besteht aber nicht nur aus Waffenlieferungen, sondern wir unterstützen die Ukraine auch diplomatisch, humanitär und finanziell. So haben wir gemeinsam mit der Ukraine in Berlin eine große internationale Wiederaufbaukonferenz ausgerichtet. Parallel versucht die Bundesregierung seit Kriegsbeginn, insbesondere die Länder des Globalen Südens in die Friedensbemühungen eng einzubinden.

## Abhängigkeiten gegenüber China abbauen

Damit Deutschland gegenüber China seine Werte und Interessen besser verwirklichen kann, hat die Bundesregierung erstmals eine China-Strategie beschlossen. Die Strategie soll aufzeigen, wie Deutschland mit China zusammenarbeiten kann, ohne dabei Werte, Souveränität, Wohlstand und Sicherheit zu gefährden. China wird als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale zugleich betrachtet. Wir streben im Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen ein „De-Risking“ an und lehnen ein „De-Coupling“ von der chinesischen Wirtschaft ab. Unternehmen sollen die Kosten von Klumpenrisiken stärker berücksichtigen. Des Weiteren werden Investitionsgarantien künftig bei drei Milliarden Euro pro Unternehmen gedeckelt, Exporte im Bereich der Dual-Use-Güter stärker kontrolliert und Direktinvestitionen chinesischer Unternehmen in Deutschland vermehrt überprüft.

## Veteranentag für Soldat:innen

Wir wollen den Dienst der Soldat:innen mehr würdigen. Uns geht es darum, das Verständnis und das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Leistungen, Entbehrungen und Opfer zu stärken, die mit dem Militärdienst verbunden sind. Wir haben deshalb einen nationalen Veteranentag am 15. Juni eingeführt. Damit sorgen wir für mehr Respekt für unsere Soldat:innen.